**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 17 (1937-1938)

Heft: 7

Rubrik: Wehrpolitische Rundschau

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 29.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

in kurzer Frist die Neunmächtekonserenz zusammentreten wird, allerbings ohne Japan, das sich selbst auszuschließen gedenkt, wobei die Beteiligung Deutschlands und Italiens noch völlig offen steht. Immerhin ist nicht anzunehmen, daß diese Konferenz einstweilen zu entscheidenden Beschlüssen kommen wird, durch welche das japanische Vorgehen ernstlich behindert werden sollte. Dagegen ergibt sich aus der Haltung der Vereinigten Staaten, daß diesmal, bei zunehmenden japanischen Ansprüchen, ein aktives Eingreisen der angelsächsischen Mächte nicht als ausgeschlossen bezeichnet werden muß — im Gegensat zum Jahre 1932.

In wieweit die Schwenkung Roosevelts in ihren Rückwirkungen auf die europäische Politik erkennbar wird, bleibt abzuwarten. Zum mindesten ist die Haltung der Bereinigten Staaten heute schon im Sinne einer allsälligen Rückendeckung für England zu verstehen; eine entscheidende Schwächung Großbritanniens dürste, soviel steht heute schon fest, die Bereinigten Staaten zum Widerstand aufrusen. Man sieht, daß die Entwicklung beinahe unaufhaltsam Auseinandersetungen von größtem Ausmaß zutreibt.

\* \*

Um 14. September ift, 87jährig, ber erste Prasident ber Tichechoslovakischen Republik, Masaryk, gestorben. Es ist bezeichnend, daß er in der ganzen Welk als der "demotratische Philosoph" geseiert wurde, wobei ohne weiteres zuzugeben ift, daß Masarpt sich außerordentliche Berdienste um fein Bolt erworben hat. Dagegen ift seine sogenannte "Demokratie" an einem sehr wichtigen Bunkt, nämlich an der Minderheitenfrage, bezw. an dem Problem des Zusammenlebens verschiedener Boltsftamme in einem Staatswesen, völlig gescheitert. Db dies Absicht war, bleibe dahingestellt. Die Geschichte der Tschechoslovakischen Republik seit ihrer Gründung im Jahre 1918 ist zugleich die Geschichte konsequenter und fortbauernder Unterbrudung des dem Staate völlig gegen seinen Billen einverleibten Subetenbeutschtums. Auf der einen Seite bezeichnet man zwar das Sudetendeutschtum ruhig als "zweites Staatsvolf", auf ber andern Seite aber dentt man nicht baran, ihm nur die geringste Sicherung feiner eigenen Rultur ju gemähren. So klingt es boch birekt wie Bohn, wenn führende tichechische Persönlichkeiten die Tschechoslovakei aus dem Gesichtswinkel des demokratischen Aufbaues und ber bemofratischen Staatsführung mit ber Schweiz vergleichen, benn es burfte in der politischen Belt taum ein größerer Gegensat bestehen, als ber, der zwischen der Minderheitenpolitik der Schweiz und der sogenannten Minderheitenpolitik der Tschechoslovakei zu Tage tritt. Alle die dort geübten Unterbrudungs- und Entnationalifierungsmaßnahmen aber find geschehen unter ber Bräsidentichaft des so biel geseierten Demokraten Masarpk — eine Feststellung, die uns gegenüber der Lobhudelei anläßlich seines Todes, der natürlich auch schweis zerische Blätter verfielen, 'nicht unangebracht erscheint.

Bürich, den 9. Oftober 1937.

Jann b. Sprecher.

# Mehrpolitische Rundschau

## Um die einheitliche, fachmännische Armeeleitung.

Im Vordergrund der Reorganisation unseres Wehrwesens stehen heute die Vorbereitungen für die Einführung der neuen Truppenordnung auf den 1. Jan. 1938, für die Neuorganisation des Grenzschutzes auf den 1. Nov. 1937 und die Verbesserun-

gen ber materiellen Ausruftung ber Armee, für die der Bundesrat mit Botschaft vom 25. Juni aus dem Aberschuß der Wehranleihe einen weiteren Kredit von 58 555 000 Fr. verlangt. Begen dieser Arbeiten ist vom Militärdepartement die Neuregelung ber Heeresleitung und die Neuorganisation des Militärdepartementes zurückgestellt worben. Diese Fragen bilden ben letten Teil bes gangen Reorganisationswerkes; zwedmäßiger ware es wohl gewesen, zuerst die Leitung neu zu gestalten, und bann die übrige Reorganisation ber neu organisierten Leitung zu übertragen. Halten wir wenigstens fest, daß der Bundesrat in der Botschaft vom 11. Juni 1934 die Anderungen in der Organisation des Militärdepartementes und in der Organis sation und Leitung des Heeres ausdrücklich als notwendig anerkannt hat. Mitte Juni dieses Jahres ist sodann Bundesrat Minger auch im Nationalrat anläßlich der Geschäftsberichtsdebatte auf die Frage der Armeeleitung zu sprechen gekommen. Er hat dabei wiederum betont, daß zum Schlusse ber Reorganisation auch Heeresleitung und Berwaltung reorganisiert werden müssen. Nach dem Bericht der "Basler Nachrichten" soll Bundesrat Minger serner geäußert haben: "Der Kriegsapparat ist bereit und der General brauche nur das Steuer zu ergreifen". Rach dem Bericht der "Appenzeller-Zeitung" hätte unser Wehrminister gesagt: "In aller Stille ist eine Umorganisation im Generalstab vorgenommen worden, sodaß man im gegebenen Fall dem General einfach einen Stuhl anbieten tann. Friftionen find nicht mehr zu gewärtigen". Diese Ausführungen von Bundesrat Minger sind ziemlich bunkel und — wohl absichtlich — undurchsichtig. Gines nur scheint klar daraus hervorzugehen: Bundesrat Minger meint offenbar die Stellung des Generals, die Reorganisation der Heeresleitung für den Fall von Krieg oder sonstigem Attibbienst. Das aber ist nicht bas Wichtigste und nicht bas Dringenbste. Was aber dringend not tut, ist die Schaffung einer einheitlichen, fachmännischen Armeeleitung für den Frieden, die die Borbereitung unserer Landesverteidigung für den Rriegsfall und bor allem die einheitliche Ausbildung der Armee zu leiten hatte.

Ein von der militärisch immer gut orientierten Schweizerischen Mittelpresse am 19. Juli verbreiteter Artifel läßt nun immerhin die Hoffnung zu, daß die Frage der einheitlichen Armeeleitung in absehbarer Zeit gelöst werde. Der Artifel behaupstet, auf dem Militärdepartement bestehe durchaus die Ansicht, daß eine Abklärung dieses Problems herbeigeführt werden müsse. Die Einheit in Ausbildung und Fühsrung sei ein Postulat, dem sich die verantwortlichen Stellen nicht entzögen. Man werde in absehbarer Zeit Näheres darüber vernehmen. Es sollen verschiedene Borschläge vorliegen, die in maßgebenden Kreisen studiert werden. — Wir hossen nur, das Studium dauere nicht zu lange!

Die Forderung der einheitlichen Armeeleitung, deren sich einsichtige Offiziere nicht verschließen können, hat natürlich auch ihre Gegner, leiber auch unter ben höheren Offizieren. Um zurcherischen Kantonalschützensest in Uster sagte Artislerieoberst Stadler, Kommandant der Artilleriebrigade 5, "im Namen der Zürcherschützen" dem "Armeeinspettor oder Friedensgeneral" den Rampf an. Ebenso mandte sich dieser Oberft gegen die Forderung nach einer weiteren Verlängerung der Dienftzeit, ausgerechnet in einem Zeitpunkt, wo das ganze Problem unseres Kriegs= genügens von einer besonderen Kommission ber Schweizerischen Offiziersgesellichaft grundsählich überprüft wird und noch kein Ergebnis dieser Untersuchungen vorliegt. Wir erwähnen diese seltsame Schützenfestrede nur, um an einem Beispiel zu zeigen. in welch' unsachlicher und bemagogischer Beise ber Kampf gegen eine vielen Leuten vielleicht unbequeme fachmännische Armeeleitung geführt wird. Glücklicherweise wird es aber bei der Bestellung einer Armeeleitung auch ohne die Bustimmung des Obersten Stadler abgehen. Artikel 184 der Militarorganisation gibt dem Bundesrat bie Kompeteng, Dienstabteilungen des E. M. D. zusammengulegen und in der Aufgabenverteilung ber Dienstabteilungen Underungen vorzunehmen. Die Ginsetzung einer Armeeleitung kann also durch blogen Bundesratsbeschluß geschehen.

Gottfried Zeugin.